



Jugendliche werden zur Abschiebung freigegeben – auch in Marburg-Biedenkopf

UMA steht für „unbegleitete minderjährige Ausländer“. Damit sind Personen gemeint, die ohne Familienangehörige nach Deutschland eingereist sind. Die meisten von ihnen wollen Asyl. Betreuung und Versorgung der UMA obliegt den jeweils örtlich zuständigen hessischen Jugendämtern. Die sozialen Dienste der Jugendämter erstellen einen individuellen Hilfeplan mit und für den UMA, damit die bestmögliche individuelle Unterstützung, Entwicklung und Förderung gesichert ist. Freie Träger sind eingebunden, unter ihnen der Elisabethverein, die Caritas und JuKo. Sie betreiben Wohngruppen und kooperieren mit Schulen und Ausbildungsbetrieben. Es handelt sich um ein Erfolgsmodell. Viele junge Berufstätige, die wir in Handwerk, Handel und Pflegeeinrichtungen treffen, sind auf diesem Weg zu uns gekommen.

Doch der 18. Geburtstag ist ein Risikotermin. Briefe des BAMF in gelben Umschlägen kommen in Wohngruppen und Familien an. Darin wird den Jugendlichen mitgeteilt, dass ihre Asylanträge abgelehnt sind und sie Deutschland bitte freiwillig verlassen sollen. Widrigenfalls werden sie abgeschoben. Auch im Landkreis Marburg-Biedenkopf wissen wir von Abschiebungen.

Viel mehr Schaden kann man mit einer einzigen Maßnahme eigentlich nicht anrichten. Den Jugendlichen wird eine Zukunft genommen, die sie sich gerade erst aufgebaut haben. Jahrelange pädagogische Arbeit in Schulen und Betreuungseinrichtungen wird zunichte gemacht. Unsere alternde Gesellschaft verliert junge Menschen, die unsere Sozialsysteme mit ihren Beiträgen am Laufen halten könnten.

Die Innenminister des Bundes und Hessens, Alexander Dobrindt (CSU) und Roman Possek (CDU), zucken mit den Schultern. Wer kein Asyl bekommt, muss gehen. Wo gehobelt wird, fallen eben Späne. Doch weite Teile der Gesellschaft ertragen diese Kaltschnäuzigkeit nicht länger. In Leserbriefen, kommunalen Parlamenten, Kirchengemeinden, Flüchtlingsinitiativen und Schulgemeinden kommt die Forderung zum Ausdruck, diesen inhumanen Unfug endlich abzustellen. Auf den Maikundgebungen des DGB in den Jahren 2024 und 2025 war ein alternatives Modell auf Plakaten zu lesen und in Reden zu hören: Ausbilden statt Abschieben!

In der Oberhessischen Presse war am 11. August ein aufschlussreicher Artikel zu lesen, der im Folgenden dokumentiert wird:

Mehr als elf Prozent der abgeschobenen Flüchtlinge sind unter 18

2024 mussten 20.000 Menschen Deutschland verlassen, darunter viele Minderjährige – Linken-Politiker Dietmar Bartsch spricht von Kalthertigkeit

von Markus Decker, Oberhessische Presse vom 11.08.2025

Berlin.

Von den 20.084 aus Deutschland im vorigen Jahr abgeschobenen Personen waren 2316

Kinder und Jugendliche zwischen sechs und 18 Jahren. Dies entspricht einer Quote von 11,5 Prozent. Das ergibt sich aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion, die dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) vorliegt. Im ersten Halbjahr 2025 kamen auf 11.807 angeschobene Personen demnach 1345 Kinder und Jugendliche. Das sind 11,3 Prozent.

Auf die Frage, wie viele der aus Deutschland abgeschobenen Personen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgingen, antwortete das Ministerium, es habe „keine Erkenntnisse“. Allerdings geht aus der Antwort deutlich hervor, dass die Zahl der Abschiebungen bereits in den Jahren der Ampelkoalition kontinuierlich gewachsen ist – von 12.945 im Jahr 2022 über 16.430 im Jahr 2023 auf 20.084 im Jahr 2024. Das hatte die ehemalige Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) auch immer wieder hervorgehoben. Parallel stieg die Zahl von abgeschobenen Kindern und Jugendlichen.

Der Bundestagsabgeordnete der Linken, Dietmar Bartsch, sagte mit Blick auf die Abschiebung Minderjähriger: „Immer mehr Kinder aus Deutschland abzuschieben, löst kein Problem – es ist ein Problem! Kaltherkigkeit darf weder Politikstil noch Politikziel unseres Landes sein. Im ersten Halbjahr wurden mehr schulpflichtige Kinder abgeschoben als vor wenigen Jahren im gesamten Jahr.“ Er fügte hinzu: „Welchen Sinn soll es haben, Kinder, die hier lernen, die hier aufwachsen, die hier integriert sind – die Fachkräfte von morgen – und ihre Familien abzuschieben?“ Dass Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) „sich als oberster Abschiebe- und Abschottungsminister inszeniert, wirft ein beschämendes Licht auf die Bundesregierung“, sagte Bartsch und betonte: „Kinder gehören in die Schule – nicht in den Abschiebeflieger.“

Dobrindt hatte eine „Migrationswende“ in Aussicht gestellt und zuletzt gesagt, dass diese begonnen habe, zu wirken. Er hatte nach seiner Amtsübernahme verstärkte Kontrollen an den deutschen Außengrenzen angeordnet und hat diese gerade erst verlängert, verbunden mit der Zurückweisung von Menschen, die Asylanträge stellen wollen. Das ist rechtlich umstritten.

Außerdem setzte der CSU-Politiker unter anderem den Familiennachzug von subsidiär Schutzberechtigten aus und stoppte Aufnahmeprogramme etwa für Menschen aus Afghanistan. Nächstes Jahr soll das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) greifen. Es zielt darauf ab, einheitliche Standards für Asylverfahren in der EU zu schaffen und die Verantwortung zwischen den Mitgliedstaaten gerecht zu verteilen.